

## Leben nach Migration – Newsletter Nr. 4 | 2014

### *Der NSU-Komplex. Drei Jahre nach der «Selbstenttarnung» des NSU*

Die sogenannte Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) jährt sich in diesem Jahr bereits zum dritten Mal. Seit anderthalb Jahren läuft im Oberlandesgericht München der Prozess gegen die Hauptangeklagte Beate Zschäpe sowie vier mutmaßliche Helfer und Unterstützer: André Eminger, Holger Gerlach, Carsten S. sowie den früheren NPD-Funktionär Ralf Wohlleben.

Während des Staatsaktes zum Gedenken an die NSU Opfer versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel ein lückenlose Aufklärung der rassistischen Morde. Das Verfahren ist jedoch noch weit davon entfernt. Im Gerichtssaal herrscht ein großer Unwille, den strukturellen und institutionellen Rassismus anzuerkennen, der schon während der Ermittlungen vorherrschte und weiterhin im Gerichtssaal stark zu spüren ist. Stattdessen wird gemauert, verleugnet und verharmlost. Bei den Familien der Ermordeten herrscht große Enttäuschung und der alltägliche strukturelle Rassismus gegen Schwarze Menschen, People of Color und Menschen mit Migrationsgeschichte geht weiter. Auf staatlicher Seite deutet zum jetzigen Zeitpunkt nichts darauf hin, dass aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt wurde. Dringend notwendige Maßnahmen, um diesen Rassismus entgegenzuwirken und ihn einzudämmen, scheinen nicht Thema zu sein. Viele sehen in dem Verfahren nicht mehr als eine sozialpolitische Theateraufführung.

Dennoch gibt es Hoffnung. Nicht zuletzt durch das Engagement verschiedener Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft, die sich für eine tatsächliche «lückenlose Aufklärung» einsetzen und gegen jegliche Formen von Rassismus in der Gesellschaft kämpfen.

Wir freuen uns darauf, einzelne von ihnen in unserem Newsletter vorstellen zu können und bedanken uns herzlich bei allen, die dazu beigetragen haben, diesen entstehen zu lassen. Auch möchten wir an dieser Stelle den Opfern der NSU-Mordserie und aller durch rassistische Strukturen ermordeten Menschen gedenken. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität liegen bei ihren Familien und Angehörigen.

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.

Oranienstraße 34 • 10999 Berlin

[presse@MRBB.de](mailto:presse@MRBB.de) • 030/616 58 755

Redaktion: Iris Rajanayagam, Ngoc Anh Nguyen, Özge Pinar & Koray Yılmaz-Günay (V.i.S.d.P)

«Leben nach Migration» erscheint sechs Mal im Jahr und dient den Mitgliedsorganisationen des MRBB und der interessierten Öffentlichkeit als Debatten- und Informationsmedium.

Die Artikel geben die Meinung der Autor\_innen wieder und müssen nicht den Positionen des MRBB entsprechen. Sie können mit der Quellenangabe «Leben nach Migration – Newsletter des Migrationsrats, Ausgabe 4 | 2014» vervielfältigt und weiterverwendet werden.

Artikel können unverlangt eingesandt werden. Es entsteht dadurch kein Anspruch auf Abdruck. «Leben nach Migration» wird gefördert durch die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration.

## I N H A L T

Özge Pinar Sarp Seite 3  
**Der Schrei (Deutsch/Türkisch)**

Interview mit Carsten Ilius Seite 6  
**«Bei einer Mehrheit der Bevölkerung herrscht immer noch die hartnäckige Auffassung, dass es nach 1945 in Deutschland keinen ernsthaften Rassismus mehr gibt.»**

Nadine Saeed für die *Initiative in Gedenken an Oury Jalloh* Seite 10  
**NSU und Oury Jalloh – Wie der deutsche Rechtsstaat rassistische Morde deckelt**

Peter Bach von der *Initiative Keupstraße ist überall* Seite 13  
**Die Nagelbombe in der Keupstraße Köln**

Interview mit Hasan Y. vom 4. November 2013 – Auszug aus dem Buch «Von Mauerfall bis Nagelbombe»  
von der Gruppe «Dostluk Sineması». Seite 15  
**«Wir haben von Anfang an gesagt: Das hat einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Es ist auf jeden Fall eine Abschreckungspolitik.»**

Redebeitrag der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine (DIDF) Seite 19  
**Demonstration zum 3. Jahrestag der Enttarnung des NSU vom 01.11.2014 in Berlin**

Ulli Jentsch Seite 20  
**Kein Ende in Sicht**

Ankündigung einer von der Otto-Brenner-Stiftung finanzierten Studie Seite 22  
**«Das Unwort erklärt die Untat» – Die «Döner-Mordserie» und der Umgang mit Gewalt an Migrantinnen und Migranten in den Medien**

## Der Schrei

Özge Pinar Sarp

Die «Geschichte» zum NSU-Komplex beginnt meistens entweder mit dem Auffliegen des NSU am 4. November 2011 in Eisenach oder im Jahr 1998 mit dem Untertauchen des NSU<sup>1</sup>. Aber inzwischen gibt es eines, was von der Gesamtgesellschaft nicht gesehen und gehört wurde, eines das unterging: die Stimmen der Familien der Mordopfer, deren Umfeld und Betroffene. In Kassel und Dortmund fanden im April 2006, nach dem Mord an Halit Yozgat und Mehmet Kubaşık, zwei Demonstrationen organisiert von Familienangehörigen und Betroffenen statt, unter dem Motto: «Kein 10. Opfer!» In Kassel fand eine Demonstration statt, an der über 3000 Menschen teilnahmen, in Dortmund ein Trauermarsch mit ca. 300 Menschen, vor allem Migrant\_innen aus der Türkei. Die Demonstrant\_innen riefen in aller Öffentlichkeit zur Aufklärung der Morde an ihren Ehemännern, Lebensgefährten, Vätern, Söhnen, Brüdern, Verwandten und Freunden auf. Sie sagten ganz klar, welche Motive hinter diesen Verbrechen stecken. Sie baten, ja flehten um Aufklärung, damit es «Kein 10. Opfer!» gibt. In der deutschen Presse wurde hierüber kaum berichtet.

### Was für eine Gesellschaft!

Was für eine Gesellschaft, die die Schreie der Angehörigen und Betroffenen in der Stille zu begraben versuchte. Zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den migrantischen Communities und innerhalb der dieser selbst besteht offensichtlich noch immer eine große Spaltung. Wenn mensch in so einer Gesellschaft lebt, ist es umso einfacher, sich gegenseitig zu beschuldigen und in der Krise sich noch weiter auseinander zugehen. Der NSU-Komplex zeigt uns genau das. Durch Politik und Medien reproduzieren sich Feindbilder, Stigmatisierungen und rassistische Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen immer weiter. Im NSU-Fall zeigten sich die Ausgrenzungen nicht nur zwischen «Deutschen und Türken», sondern u.a. auch zwischen Türken, Kurden, Schwarzen Menschen, Sinti und Roma, Menschen aus Russland und Polen und Vietnamesen. Ebenfalls zeigte sich, wie hinderlich diese Spaltung ist, um einen breiten, übergreifenden und starken Zusammenschluss gegen Rassismus zu ermöglichen. Dies wirkt sich in einem fehlenden Druck «von unten» aus, um eine Aufklärung der Morde und Anschläge, der Hintergründe und aller Verantwortlichen zu erzwingen. Auch verhindert es eine Debatte um Rassismus auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene und dessen Konsequenzen. Wenn dem nicht so wäre, gäbe es zu aller erst eine Empathie mit den Opfern, eine Solidarität mit den Opfer-Familien, den Betroffenen. Es gäbe öffentlichen Druck auf Politik, auf die Medien, auf

Ermittlungsbehörden und die Justiz. Und das Problem würde nicht in die Ecke der Neonaziszene abgeschoben.

### Was hat sich geändert – und ist das genug?

Trotz der «Selbstenttarnung» des NSU und dem seit anderthalb Jahren andauernden Prozess in München hat sich wenig geändert. Medien verwenden zwar nicht mehr den Begriff «Döner-Morde», eine lückenlose Aufklärung wurde von Bundeskanzlerin Merkel versprochen, parlamentarische Untersuchungsausschüsse berichteten von einem «Versagen» und empfahlen Reformen. Aber das sind nur Tropfen auf den heißen Stein oder leere Worte. Wenn es einen Versuch für eine lückenlose Aufklärung gäbe, dann würde es Ermittlungen gegen Verantwortliche in den Behörden geben. Denn wie auch der Abschlussbericht des Bundestagsuntersuchungsausschusses selbst schlussfolgert: **Die Morde hätten frühzeitig «verhindert werden können.»** Diese Erkenntnis ist sehr bitter. Sowohl für die Angehörigen der Mordopfer als auch für Menschen, die in Deutschland mit Rassismus zu kämpfen haben. Für diese Menschen besteht weiterhin die alltägliche Gefahr rassistischer und neonazistischer Gewalt. Denn Fakt ist: Der NSU bestand nicht nur aus einem «Trio», sondern einem großen Netzwerk mit einer Vielzahl an Unterstützer\_innen und lebte nicht nur illegal und im «Untergrund».

Eine rassistische Kontinuität besteht seit den 1990er Jahren und schon vorher ohne Zweifel. Der institutionelle und strukturelle Rassismus liegt offen, und verlangt nach Antworten auf die Frage nach der Rolle eines staatlichen Rassismus. Auch der «Nazi-Faschismus war ein

staatlicher Rassismus», so Liz Fekete. Hier muss z.B. die Migrations- und Flüchtlingspolitik oder die Einschätzung der rechten Gefahr in Deutschland sowie in Europa grundlegend in einen Diskurs um Rassismus und kolonialen Kontinuitäten gesetzt werden. Dann erst können wir von «Konsequenzen» und Veränderungen reden.

## Eine unveränderte Migrationspolitik

Einen mitleidslosen Umgang sowohl mit dem Andenken der Opfer als auch mit den Angehörigen der Opfer zeigte beispielsweise der SPD-Politiker Heinz Buschkowsky ausgerechnet anlässlich der Trauerfeier für die NSU-Opfer, als er dort sagte, dass es in Deutschland Probleme mit der «Integration» gebe. «Gute Ausländer – schlechte Ausländer. Integrationswillige Migranten – integrationsunwillige Migranten, erwünschte hochqualifizierte Arbeitskräfte – unerwünschte Flüchtlinge. [...] Die NSU-Opfer wurden aber nicht erschossen, weil sie besonders schlecht oder ausgesprochen gut integriert waren – was immer das auch bedeuten soll, darüber ließe sich noch seitenweise schreiben – nein, sie wurden mit Kopfschüssen exekutiert, weil sie Migranten waren. Und weil sie Migranten waren, wurde sogar an dem Tag der Trauerfeier über ihre vermeintlichen Versäumnisse gesprochen [...]» (Gensing 2012: 17) Wir wissen, dass es bei dem NSU nicht um «schlecht integrierte» Mordopfer, sondern um Migrant\_innen ging, um Menschen die nicht in ein rassistisches Bild vom «Deutschsein» passten.

Mit deutlichen Worten besingt der türkische Rockmusiker Cem Karaca in seinem Lied «Es kamen Menschen» die Situation der so genannten «Gastarbeiter» in Deutschland. Der Titel aus dem Jahr 1984 greift das berühmte Zitat «Es wurden Arbeiter gerufen, doch es kamen Menschen» von Max Frisch auf. Aus den einstigen «Gastarbeiter\_innen» sind heute Menschen, die genauso Teil der Gesellschaft sind oder es zumindest sein sollten, geworden. Trotz kleinerer Fortschritte bleiben die Probleme der Migrant\_innen und die Migrationspolitik die gleichen wie damals, als Gastarbeiter\_innen aus der Türkei ihre Heimat verließen, weil sie sich bessere Arbeits- und Lebensbedingungen erhofften. Diese gleiche, vielleicht naive Hoffnung hat heute Mustafa Turgut, der jüngere Bruder der am 25.

Februar 2004 von NSU Ermordeten Mehmet Turgut: *«Für meinen Bruder Mehmet war Deutschland das Land der Hoffnung. Heute kann ich ihn verstehen. Jetzt würde ich gern den Traum, den Mehmet hatte, erfüllen und meine Eltern unterstützen. Das ist wie ein Vermächtnis. Nach vielen Anstrengungen habe ich nun endlich auch für die Zeit meines Aufenthaltes hier in Deutschland eine Arbeitserlaubnis bekommen und bin nicht mehr auf die Unterstützung von anderen angewiesen. Ich arbeite in einem Imbiss – ganz so wie Memo. (...) Jeden Abend, wenn ich den Kopf auf mein Kissen lege, bete ich für Memo. Aber wenn ich heute in die Zukunft schaue, glaube ich, dass ich meine Wünsche erfüllen kann, vielleicht in zwei oder drei Jahren. Ja, ich sehe eine sonnige Zukunft vor mir.»*

Diese Hoffnung und diese Realität gehören beide für Migrant\_innen zum Leben in Deutschland. Obwohl «Ausländer raus» gerufen wird, ist Deutschland ein Land, wo nicht nur «Deutsche» leben. Menschen haben immer einen Grund zu flüchten, aus sozialen, ökonomischen, politischen, kriegerischen oder ökologischen Gründen. Sie kommen mit der Hoffnung, ein besseres Leben führen zu können. Solange es die Gründe für Flucht und Migration gibt, gibt es auch Hoffnungen sowie Herausforderung und Kampf!

<sup>1</sup> Im Januar 1998 wurde in einer Garage in Jena, die Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt nutzten, eine Razzia durchgeführt. Die Polizei fand hier neben fast fertigen Rohrbomben mit 1,4 kg Sprengstoff und neonazistischem Propagandamaterial auch eine Telefonliste von Uwe Mundlos. Es kam jedoch nicht zu einer Festnahme, die drei konnten so in den Untergrund flüchten bis zur «Selbstenttarnung» des NSU am 4.11.2011. Erst damit wurde bekannt, wer hinter der über Jahre andauernden Mordserie an neun Migranten und einer Polizistin und mindestens drei Anschläge steckte.

## Eine gekürzte Fassung des Beitrags in türkischer Sprache:

### Çığlık

Nasyonal Sosyalist Yeraltı (NSU) örgütüne ve işlediği suçlara dair anlatılanlar genelde şöyle başlıyor: 4 Kasım 2011'de Eisenach'ta bir banka soygunu ve sonrasında yaşananlarla birlikte gün yüzüne çıkmaya başlayan «NSU» ya da 1998 yılında örgüt üyelerinin kullandığı Jena kentindeki garajda yapılan polis baskınından sonra yeraltına kaçmaları ile başlayan ve sonrasında örgütün Neonazi ağı-polis-istihbarat örgütü ve muhbirlerle olan ilişkisine dair detaylarında boğulan bir hikâye. Ancak, söz konusu 13 yıl içinde toplumun hiçbir kesimi tarafından

görülmeyen, duyulmayan öyle bir şey oldu ki; işte bunu anlatan çok olmadı: Mağdur ailelerin ve onların çevrelerinin sesleri, adeta çığlıkları... 4 Nisan 2006'da Dortmund'da Mehmet Kubaşık, sadece iki gün sonrasında 6 Nisan 2006'da Kassel'de Halit Yozgat öldürüldü. Onlar, özellikle Türkiyeli göçmenleri hedef alan cinayet serisinin o zamana kadarki bilinen son kurbanlarıydı. 2000 yılında Nürnberg'de Enver Şimşek'in öldürülmesiyle başlayan suç serisi, Abdürrahim Özudođru (2001'de Nürnberg'de öldürüldü), Süleyman Taşköprü (2001, Hamburg), Habil Kılıç (2001, Münih), Mehmet Turgut (2004, Rostock), İsmail Yaşar (2005, Nürnberg), Theodoros Boulgarides (2005, Münih), Mehmet Kubaşık (2006, Dortmund) ve Halit Yozgat (2006, Kassel) devam etti. (Cinayet serisinin – sonrasında – bilinen son kurbanı ise 2007 yılında Heilbronn'da öldürülen polis memuru Michele Kiesewetter oldu.) Ayrıca 2000 yılında Köln'ün Probsteigasse ve 2004 yılında Keupstrasse adındaki sokaklarında bombalı saldırılar gerçekleşmiş; yine göçmenleri, onların yaşadığı ve sıklıkla uğradığı işlek bir sokağı ve o sokaktaki insanları öldürmeyi hedef alan bu saldırılar sonucu içlerinden kimisi ağır olmak üzere 24 insan yaralanmıştı. Polis ve istihbarat yetkilileri bu suçların arkasında ailelerin kendi iç hesaplaşmaları, Kürt-Türk organize suçlar veya örgütler olabileceğini iddia etti. Bu iddia siyaset, ilgili politikacılar ve medya tarafından desteklendi ve daha da körüklenerek mağdur ailelerin kendi çevrelerine, komşularına, okul arkadaşlarına kadar ulaştı. Böylece aileler bir kez daha acıyla başbaşa bırakıldılar. Ailelerin ve onların yakınlarının duyulmayan çığlığı da işte buydu. Çünkü onlar suçluların aşırı sağcı çevreden gelebileceğini ısrarla söylediler. Cinayetlerin aynı saikle işlendiğini düşündükleri için de «10. Kurban Olmasın!» (Kein 10. Opfer!) çığlığıyla yetkililere, olası görgü tanıklarına, medyaya ve bizlere seslerini duyurmaya çalıştılar. Rica ettiler, yalvardılar birileri artık onları anlasın, feryatlarını görsün diye. Ve kimse onuncu kurban olmasın diye. Çođunu Türkiyeli göçmenlerin oluşturduđu 3000'den fazla insanın sesi medyada yerini bulamadı. Ve onların sesi ta ki gerçeklerin gün yüzüne çıkmaya başlayacağı 2011 yılına kadar sessizliğe gömüldü. 2011'e gelindiğinde yaşananlar adeta skandalize edildi ve birçok kesim, olanlar karşısında «şoke» olduklarını duyurdular. İrkçılığın Almanya'da siyaset, kamu kurumları, polis, yargı ve medya da dahil olmak üzere her yerde ve her gün yaşandığını düşündüğümüzde, ırkçılığa farklı form ve boyutlarıyla ama benzer deneyimlerle

maruz kalan bu insanların saldırıların arkasında yatan nedeni anlamaları ve tehlikenin farkına varmaları neden şaşırtıcı(ydı)? Bunun farklı nedenleri var: Birincisi Almanya'da çođunluđu oluşturan topluluklar tarafından göçmenlere bakış açısı; ikincisi çođunluk ile göçmen toplulukları ve aynı zamanda göçmen topluluklarının da kendi arasındaki ayrışma; üçüncüsü ırkçılık ve faşizm karşıtı hareket ve mücadelenin yetersiz ve etkisiz olması; dördüncüsü politika ve medya tarafından kullanılan ve yeniden üretilen ayrımcı ve ırkçı dil; beşincisi de aşırı sağın ve Nazi-faşist düşünce akımlarının ve eylemlerinin yeterince önemsenmeyip sanki polis, devlet ve onun organlarından bağımsız başlı başına bir hareket olarak algılanması. Böylesi bir toplumda grupların ve/ya toplulukların birbirlerini karşılıklı olarak suçlamaları ve özellikle kriz ortamlarında, eđer yaşananları bir kriz olarak ele alırsak, aralarındaki sınırların daha belirginleşmesi ve ayrışmalar mümkün hale gelebiliyor. NSU kompleksi de aslında bize bunu belirgin bir şekilde gösteriyor. Bu nedenlerden ötürü de ırkçılığa karşı daha geniş kesimleri kapsayan, topluluklar ve gruplar üstü olan daha güçlü bir birliktelik engellenmiş oluyor. Böylece, aydınlatma süreci ve adalet için gerekli ve son derece önemli olan, adeta onun itici gücü olan kamuoyu baskısı eksik kalıyor. Ayrıca toplumun tüm taraflarınca ırkçılık üzerine yapılması gereken tartışmaların ve bu acı deneyimlerden çıkarılacak derslerin de önüne geçilmiş oluyor. Eđer durum farklı olsaydı; empati yoluyla toplum üyeleri yani bizler kendimizi saldırıya uğramış hisseder ve mağdurlar ve ailelerle dayanışma içine girerek olayı sahiplenirdik. Politika, medya, adli makamlar üzerinde kamuoyu baskısı oluşacağı gibi; meydan da Nazilere kalmazdı.

Özge Pinar Sarp, 33, Sozial-und Politikwissenschaftlerin, arbeitet seit 2013 im apabiz (antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum) und beobachtet den NSU-Prozess im Rahmen des Projektes NSU-Watch (Unabhängige Beobachtungsstelle).

Özge Pinar Sarp, 33, sosyal bilimci. 2013 yılından itibaren aktif olarak Berlin'de Antifaşist Basın Arşivi ve Eğitim Merkezi'nde (kısa adıyla apabiz) çalışıyor. NSU-Watch projesi kapsamında NSU davasını gözlemleyerek, konuya dair araştırma yapıyor.

## Prozessbeobachtung und Nicht-Verhandlung «Ich habe einen Prozess beobachtet und gesehen, was da nicht verhandelt wird.»

Während viele sich fragen, wie Beate Zschäpe aussieht, fragte ich mich: «Wie fühlen sich die Opfer-Familien, wenn sie die Mörder sehen?» Genau dieser Punkt war es, was ich im Gerichtssaal in München erlebt habe. Die Angehörigen des ermordeten Mehmet Turgut waren an diesem Tag im Gerichtssaal dabei. Auf der Zuschauertribüne waren der Cousin und noch eine Verwandte, auf dem Platz der Nebenklage waren die beiden Brüder und deren Anwalt. Es war für mich zweifach schwierig, weil ich das Schmerz und Leid der Angehörigen mitbekommen und miterlebt habe. Sie erzählten, wie schmerzhaft es für sie war, so unter einem Dach mit einer Täterin zu sein, sie ohne Mitleid zu erleben. Ebenso wie einen mutmaßlichen Unterstützer und Angeklagten in der Verhandlungspause vor dem Gerichtssaal zu sehen. Einerseits habe ich einen Mensch gesehen, dem man immer noch seinen Schmerz ansieht, das ist der Bruder Yunus Turgut. [Ein türkischer Ausdruck sagt: «Acısı yüzünden okunuyordu.»] Auf der anderen Seite habe ich einen Mann gesehen, der sich sehr provokativ und unbeschämt mit seinem Hass vor den Angehörigen und allen anderen zeigt. Es scheint klar, dass es in diesem Verfahren keinen Platz gibt weder für die Schmerzen der Angehörigen noch für ihre Rehabilitierung. Denn es wird nur gegen eine Hauptangeklagte und ihre mutmaßlichen Unterstützer verhandelt. Es gibt noch andere Gründe. Es konnte doch nicht sein, dass nur diese fünf Angeklagten jahrelang so ein Leid ausüben konnten, ohne eine weitere Unterstützung und ohne von den Behörden entdeckt zu werden. Wie konnte es sein, dass in einem Land wie Deutschland die Polizei gegen die Opfer-Familien ermittelte, stundenlang deren Familien verhörte und sie verdächtigte anstatt «dazlak» (Skinheads), obwohl doch die Angehörigen gesagt haben, dass Rassismus als Tatmotiv dahinter stecken könne. Die rassistischen Ermittlungen, die in allen Behörden geführt worden waren, haben auch keinen Platz im Gerichtssaal. Was wird nicht verhandelt: es gibt da noch schuldige Beamte, Politiker\_innen und die Justiz selbst.



## NSU Davası

Almanya'da 2000 ve 2007 yılları arasında on cinayet işlendi. Bunlardan dokuzu özellikle Türkiyeli göçmenleri hedef alan seri cinayetlerdi. Ayrıca Köln kentinin Probststeigasse ve Keupstrasse adlı sokaklarında 2000 ve 2004 yıllarında bombalı saldırılar gerçekleşti. Yine göçmenleri, onların yaşadığı ve sıklıkla uğradığı işlek bir sokağı ve o sokaktaki insanları öldürmeyi hedef alan bu saldırılar sonucu 24 insan yaralandı. 4 Kasım 2011'de Eisenach'ta bir banka soygunu sonrası yaşananlarla «gerçekler» yavaş yavaş gün yüzüne çıkmaya başladı. Çünkü, «kurbanlar» «fail» olarak gösterildi ve soruşturmalar mağdur aileleri hedef alarak yürütüldü. Ailelerin yaşadıkları, onların acı çöğlükleri duyulmadı ve ikinci bir travma yaşatıldı. Medya, siyaset, polis, yargı ve toplum onları suçlu ilan etti, zan altında bıraktı ve yalnızlığa itti. Seri cinayetlerin ve saldırıların, ayrıca banka soygunlarının arkasında kendilerini Nasyonal Sosyalist Yeraltı, kısaca NSU, olarak adlandıran bir örgütün olduğunu anlaşılmasıyla birlikte «süreç» başlamış oldu. Örgütün «çekirdek» iki üyesi öldüğü için, bilinen üçüncü üyesi olan ve baş sanık olarak yargılanan B. Zschäpe ve örgüte yardım ettiği ileri sürülen diğer dört sanığa karşı açılan dava 6 Mayıs 2013 tarihinde Münih Eyalet Yüksek Mahkemesi'nde başladı. Davaya müdafa avukatlarının yanı sıra, sayıları yetmiş olan mağdur ve aile yakınları ve onları temsilen sayıları elliye yakın avukat müdahil oldu. En az 2 yıl sürmesi planlanan ve haftada üç kez duruşma günüyle yoğun bir şekilde devam eden NSU davasında 1,5 yıl ve 150'den fazla duruşma günü geride kaldı. «Yüzyılın Davası» olarak adlandırılan ve hem Almanca hem de Türkçe yayın yapan medya tarafından takip edilen dava, Almanya tarihinde en önemli davalardan biri olarak görülüyor. Ancak, savcılığın iddianamesinde NSU örgütünü üç kişiyle sınırlandırması ve örgüte destek veren sadece dört kişinin sanık sandalyesinde oturması, yaşananların tüm gerçekliğiyle aydınlatılmasının da önüne geçiyor. NSU davası, Neonaziler ve onların uluslararası bağlantıları, Almanya'da kurumsal ve yapısal ırkçılığın ne denli çarpıcı olup bir o kadar da hafife alınması, ırkçılığın sadece Neonazilerle sınırlandırılması, istihbarat örgütleri ile Neonazilerin arasındaki ilişkiler ve devletin rolünün kayıplara ve tarifsiz acılara neden olabileceğini bizlere gösterdi. Ve toplumun tüm kesimlerinin ırkçılığı en geniş boyutlarıyla tartışmaya açmasının aciliyetini.

## «Bei einer Mehrheit der Bevölkerung herrscht immer noch die hartnäckige Auffassung, dass es nach 1945 in Deutschland keinen ernsthaften Rassismus mehr gibt.»

Interview mit Carsten Ilius

Seit Frühjahr letzten Jahres findet in München das NSU-Verfahren statt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist dieses relativ weit fortgeschritten, die einzelnen Morde sind abgehandelt. Jetzt geht es vor allem darum, die Struktur und das Umfeld des NSU näher in den Blick zu nehmen. Wir sprachen mit Carsten Ilius, dem Nebenklagevertreter von Elif Kubaşık, deren Ehemann Mehmet Kubaşık am 4. April 2006 vom NSU ermordet worden ist.

### Wie ist deine sowie die Einschätzung der Familie bzgl. des Verlaufs des Verfahrens? Wie viel hat das Verfahren eurer Meinung nach bis jetzt zu einer Aufklärung der Morde und der Unklarheiten rund um die Ermittlungen beigetragen?

Der Verlauf des Verfahrens muss anhand der Ziele der Familie beurteilt werden. Neben der Verurteilung der am Mord von Mehmet Kubaşık Mitverantwortlichen geht es seiner Familie um die Klärung der Fragen, wie groß das staatliche Wissen über den NSU bei der Begehung der Morde und Anschläge war, wieso Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe nicht schon während ihrer Zeit in Chemnitz und damit vor der Begehung der Morde festgenommen wurden, ob und wenn, welche Unterstützer\_innen des NSU es in Dortmund gab und warum gerade Mehmet Kubaşık ermordet wurde. Darüber hinaus ist der Familie auch wichtig, dass deutlich gemacht wird, wie wichtig der die Polizei prägende strukturelle Rassismus dafür war, dass jahrelang gegen die Familien der Angehörigen und nicht gegen Nazis ermittelt wurde.

Wunsch der Familie war und ist es, dass diese Fragen möglichst weitgehend im Gerichtsverfahren geklärt werden. Zugleich ist ihr klar, dass das Gerichtsverfahren nur einen Teil dieser Aufklärung leisten kann.

Bei vielen Fragen, wie der möglichen Unterstützung des NSU in Dortmund, stehen wir leider immer noch am Anfang. Sie werden von uns im Verfahren aufgeworfen. Entsprechende Anträge, etwa auf Ladung wichtiger Nazis aus der Dortmunder Szene, sind gestellt worden. Leider hat es in dieser Hinsicht keine uns bekannten relevanten Ermittlungen der Generalbundesanwaltschaft gegeben, obwohl auch in Dortmund bis 2006 eine Combat 18-Zelle existierte.

Deutlich geworden ist im Verfahren hingegen bereits jetzt zum einen, wie eng das Netz der

Verfassungsschutzbehörden um den NSU war. Obwohl uns bisher noch keine Informationen darüber vorliegen, welche V-Leute der sächsische Verfassungsschutz im Umfeld des NSU einsetzte, wissen wir doch bereits jetzt, dass die Geheimdienste nicht nur darüber informiert waren, dass Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe seit Anfang 1998 in Chemnitz lebten, sondern auch, dass sie dort versuchten, sich Waffen zu beschaffen.

Daneben ist auch klar geworden, dass es sachlich falsch ist, davon zu sprechen, dass Zschäpe, Mundlos und Bönnhardt in Chemnitz «untergetaucht» sind. Sie haben dort mitten in der Naziszene gelebt, nachbarschaftliche Kontakte gepflegt, Nazi-Fanzines mitgestaltet, sind gemeinsam Fahrrad gefahren und haben Computer gespielt und konnten noch unbehelligt von staatlichen Behörden die Morde und Anschläge vorbereiten.

Große Enttäuschung besteht auf Seiten der Familie darüber, in welchem Ausmaß die Generalbundesanwaltschaft im Gerichtsverfahren die weitere Aufklärung behindert. Wichtige Akten zum NSU, insbesondere über Vernehmungen von Nazizeugen aus dem Umfeld des NSU, werden uns nicht zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt, wichtige V-Männer aus der Naziszene wie Carsten Szepanski und Kai Dalek sind nicht von der Generalbundesanwaltschaft als Zeugen benannt, sondern erst durch Beweisanträge der Nebenklage vom Gericht geladen worden. Die Generalbundesanwaltschaft zeigt auch bei wichtigen, offensichtlich lügenden Nazizeugen während der Verhandlung keinerlei Engagement bei der Befragung dieser Zeugen.

**Die Verteidigung und die Generalbundesanwaltschaft kritisieren die Nebenklage für viele ihrer Fragen und Anträge im Prozess mit dem Argument, das Gerichtsverfahren sei kein Untersuchungsausschuss, was sagst du dazu?**

Dieser Vorwurf ist haltlos. Maßstab für die Aufklärungspflicht des Gerichts ist die Anklageschrift. Der Vorwurf der Anklage gegenüber einigen der Angeklagten lautet auch auf Bildung bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Daher ist es von strafrechtlicher Bedeutung in dem Verfahren aufzuklären, wie die Strukturen des NSU genau beschaffen waren, wie die Organisation gebildet und unterstützt wurde. Dafür ist es insbesondere wichtig zu wissen, welches staatliche Wissen es aufgrund des V-Mann-Einsatzes darüber gab.

In Bezug auf den strukturellen Rassismus muss dieser ebenfalls Thema des Prozesses sein. Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe hatten ein umfangreiches Pressearchiv über die Taten angelegt. Sie wussten daher, dass sich die Ermittlungen gegen die Familien der Ermordeten und von den Anschlägen Verletzten richteten. Sie haben sich dennoch nicht zu den Taten bekannt und damit bewusst diese strukturell rassistischen Ermittlungen ausgelöst.

**Welche Bedeutung hat das Verfahren deiner Ansicht nach auf gesamtgesellschaftlicher Ebene und für zukünftiges Handeln? Von bestimmten Richtungen kommt ja auch die Kritik, das Verfahren sei überflüssig und würde zu nichts führen?**

Leider fehlt es in weiten Teilen an einer gesellschaftlichen Debatte rund um das Verfahren. Die Fragen des institutionellen Rassismus in der Polizei, anderen staatlichen Behörden und Gerichten wird nicht geführt. Es gibt keine wirkliche Debatte rund um die Kollusion von Geheimdiensten und Nazis. Das empfinde ich als sehr frustrierend.

Das Gerichtsverfahren hat in Bezug auf die Aufklärung der Hintergründe des NSU meiner Auffassung nach dennoch eine wichtige Funktion. Beispiele aus dem Ausland wie der Fall des 1993 im Süden Londons ermordeten Stephen Lawrence zeigen, dass die Aufklärung vergleichbarer Taten nur langfristig eine ernsthafte Aussicht auf Erfolg hat. Im Jahr 2014 wird in England nun eine neue Untersuchungskommission angestrebt, um aufzuklären, inwieweit die Metropolitan Police Informant\_innen im Umfeld der Familie und bei den Anwälten platziert hatte. Zugleich lassen sich aber viele Änderungen im Umgang mit dem strukturellen Rassismus der Polizei in England an diesem Fall und dessen Aufklärung festmachen.

Der Prozess in München leistet dazu einen Teil, indem die Fragen aufgeworfen werden, von denen uns dann viele wahrscheinlich noch lange begleiten werden, ein Teil aber eben auch schon beantwortet wird.

**Gibt es Anzeichen dafür, dass die deutsche Justiz und deutsche Behörden im Allgemeinen aus diesem Verfahren lernen werden? Dass sie aus den Erfahrungen und neuen Erkenntnissen bspw. Handlungsstrategien und -methoden entwickeln, um gegen institutionellen und strukturellen Rassismus vorzugehen und somit eine Wiederholung solcher Fälle zu verhindern oder zumindest diese einzudämmen?**

Bisher gibt es, abgesehen von Thüringen, leider keine Anzeichen dafür. Strafverfahren mit rassistischem Hintergrund laufen weitestgehend wie bisher und bis auf Thüringen gibt es keinerlei Ansatz in Richtung unabhängiger staatlicher Untersuchungskommissionen in Bezug auf Polizeiübergrieffe. Der Entwurf der Bundesregierung, der darauf abzielt, sogenannte Hasskriminalität härter zu bestrafen, ist meiner Ansicht nach hingegen sehr kritisch zu betrachten.

Ohne eine andere gesellschaftliche Diskussion über Rassismus besteht die Gefahr, dass irgendwann eher härtere Strafen wegen «Deutschenfeindlichkeit» drohen. In den USA richtet sich auch ein erheblicher Teil entsprechender Verurteilungen gegen Schwarze. Das Thema der «Deutschenfeindlichkeit» spielt erschreckenderweise an Schulen auch bereits eine große Rolle.

**Wie siehst du den Mainstream-Diskurs zum Verfahren und zum NSU-Komplex? Wie gehen die deutschen Medien mit diesem Thema um? Würdest du sagen, es gibt eine ausreichend kritische Berichterstattung?**

In den Medien gibt es die Konzentration auf Skandale rund um den NSU. Die Berichterstattung rund um das Verfahren ist hingegen sehr detailfixiert. Damit existiert leider eine große Lücke: Es gibt kaum gute kritische Hintergrundberichterstattung zu den gesellschaftspolitischen Hintergründen des Verfahrens, z.B. zur Frage nach dem fortlaufenden strukturellen Rassismus, oder konkret zur Motivation des Verfassungsschutzes und der Sicherheitsbehörden, auf diese Art und Weise auf dem rechten Auge blind zu sein. Liz Fekete, Leiterin des *Institute of Race Relations* (IRR)

in London spricht in diesem Zusammenhang von einer «Collusion» des Staates mit extrem rechten Kreisen. Es wird auch nicht danach gefragt, warum ein Großteil der Bevölkerung wenig bis gar nicht empathisch mit den Familien und ihrem Umfeld reagiert.

Stattdessen gibt es eine Fokussierung auf die Täterin Beate Zschäpe. Es ergibt sich dabei eine fortlaufende Psychologisierung, es geht um die Frage, inwieweit Zschäpe «böse» ist oder nicht. Was kaum eine Rolle spielt, aber sehr wichtig ist, ist, dass Beate Zschäpe an den Taten als politische Person beteiligt war. Taten, durch die eine bestimmte Auffassung von bzw. ein Glauben an «White Supremacy» durchgesetzt werden sollte. Zschäpes Haltung wird hingegen häufig individualisiert, ihre politische Positionierung wird ausgeblendet und ihre Person aus dem gesellschaftlichen Kontext gerissen. Dadurch kommt es zu einer Entpolitisierung des Verfahrens und der Druck, daraus Konsequenzen zu ziehen, nimmt ab.

**Wie sieht es Deiner Auffassung nach mit der Reaktion von Seiten der Wissenschaft bzw. von Akademiker\_innen aus? Gibt es hier nennenswerte kritische Reflektionen?**

Es ist mir bis jetzt keine deutsche Universität oder Fakultät bekannt, die dieses Verfahren geschlossen begleitet. Es gibt bisher wenig bis keine Forschungsprojekte oder wissenschaftliche Artikel zu dem Thema Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden mit staatlichen Institutionen sowie strukturellen Rassismus betreffend.

**Gibt es derzeit Verbindungen oder Kontakte zu Organisationen oder Einzelpersonen im europäischen Ausland, die genau zu diesem Thema arbeiten und mit denen ein Austausch stattfindet?**

Ja, wir stehen derzeit in engem Kontakt mit Protagonist\_innen, die das Verfahren um Stephen Lawrence in England begleiten und versuchen, bei unserem Umgang mit dem NSU-Komplex auf Ideen oder Vorschläge dieser Kontakte in London zurückzugreifen. Im NSU-Verfahren und im Alltag in Deutschland ist klar geworden, dass mit bisherigen rechtlichen Mechanismen den Geschädigten von rassistischen Straftaten nicht geholfen werden kann. Deswegen müssen wir versuchen, aus dem Ausland zu lernen.

In England gibt es teilweise Instrumente jenseits von Gerichtsverfahren, mit strukturellem und vor allem institutionellem Rassismus umzugehen bzw. dagegen vorzugehen, z.B. durch unabhängige Beschwerdekommisionen, die auf Grund von umfassenden Akteneinsichts- und Anhörungsrechten die Möglichkeit haben, Vorfälle zu untersuchen und daraus für die Betroffenen Konsequenzen zu ziehen.

Inzwischen sind auch Kontakte von Nebenklagevertretern nach Nordirland, in die Türkei und nach Ungarn entstanden. Gemeinsam mit NSU-Watch und der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben wir vom Republikanischen Anwaltsverein aus nun eine Veranstaltungsreihe zu solch europäischen (Vergleichs-) Perspektiven auf den NSU begonnen [Anm. der Redaktion, siehe Infobox].

**In Deutschland ist es sehr unüblich, dass aus Erfahrungen aus dem europäischen Umfeld oder auf internationales Recht geschaut wird. Wie erklärst du dir dieses deutschlandsspezifische Phänomen?**

Das ist sehr richtig. Interessant ist hierbei zudem, dass Deutschland sich umgekehrt in anderen Staaten sehr häufig als Statthalter der Menschenrechte betrachtet. So wie in der Türkei oder Ex-Jugoslawien. Wird Deutschland selbst auf dem Staat inhärenten Rassismus aufmerksam gemacht, wird in der Regel sehr allergisch auf diesen Vorwurf reagiert.

Hier erscheint mir das deutsche Verständnis von Rassismus wichtig und wo und in welchem Kontext Rassismus verortet wird. Bei einer Mehrheit der Bevölkerung herrscht immer noch die hartnäckige Auffassung, dass es nach 1945 in Deutschland keinen ernsthaften Rassismus mehr gibt. Dieses Phänomen wird wenn überhaupt mit einer extremen Rechten, einer Neonazi-Szene wie dem NSU assoziiert und nicht mit der Mitte der Gesellschaft. Wir haben es hier mit einer extremen Leugnung und Verdrängung von Tatsachen und Realitäten zu tun. Etwas, was auch im Gerichtsverfahren zu den Morden des NSU zu beobachten ist. Bezeichnend ist hierbei, dass im Gerichtssaal nicht einmal von Rassismus die Rede ist, sondern von «Ausländer-» oder «Fremdenfeindlichkeit».

**Struktureller Rassismus ist nicht etwas, was ausschließlich in der Polizei und in den Justizbehörden zu beobachten ist. Wo müsste die Debatte um strukturellen Rassismus anfangen, um dem wirksam widerstehen zu können?**

Anzufangen wäre hier schon in der Schule bzw. im deutschen Schulsystem.

Es müsste in der breiten Öffentlichkeit einen Diskurs darüber geben, wie schon im Kindergarten oder in der Schule Ausschlüsse in Form von «Othering» stattfinden, wie schon in der Schule als «fremd» angesehene Kinder und Jugendliche strukturellen Rassismus zu spüren

bekommen, der von der Polizei und Justiz im Prinzip einfach weitergeführt wird.

Solange es hierzu in der Mehrheitsgesellschaft keine nennenswerte Debatte gibt, wird es meiner Auffassung nach auch weiterhin eine Sperrung gegen die Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex geben.

Carsten Ilius ist Rechtsanwalt für Strafrecht, Aufenthaltsrecht und Schulrecht in Berlin. Im Münchener NSU-Verfahren vertritt er die Nebenklägerin Elif Kubaşık, die Witwe des am 4. April 2006 in Dortmund vom NSU ermordeten Mehmet Kubaşık. Die Nebenklagevertreter\_innen haben im Strafverfahren grundsätzlich dieselben Rechte wie Verteidigung und Staatsanwaltschaft, d.h. sie dürfen z.B. auch Beweisanträge stellen und Zeug\_innen befragen. Das Gespräch führte Iris Rajanayagam.

## Veranstaltungsreihe «Insight NSU»

Die Diskussion über den strukturellen Rassismus der Polizeibehörden bei den Ermittlungen zur NSU-Mord-Serie und die verhängnisvolle Beziehung zwischen Geheimdienst und neonazistischen Strukturen durch sogenannte V-Leute, ist bislang nur am Rande und vorwiegend aus deutscher Perspektive geführt worden. Die Veranstaltungsreihe «Insight NSU» will die Lücke schließen.

Die Reihe hat am 14. November 2014 mit Liz Fekete, vom Londoner Institute of Race Relations (IRR) begonnen und wird bis Juni 2015 mit Gästen aus England, Griechenland, Nordirland und Ungarn durchgeführt. Verschiedene Referent\_innen werden in Berlin auf der Grundlage eines durch den Veranstalterkreis betreuten zweitägigen Besuchs bei dem NSU-Prozess von ihren Erfahrungen und Eindrücken zum Prozessgeschehen sowie zur Lage in ihren jeweiligen Ländern berichten. Dazu gehören u.a. die Gerichtsprozesse gegen führende Funktionäre der faschistischen Partei «Chrysi Avgi»/Goldene Morgenröte (Griechenland), zur Rolle des britischen Sicherheits- und Militärapparats und protestantischen Paramilitärs im nordirischen Bürgerkrieg und zu antiziganistischen Morden durch Neofaschisten in Ungarn. An den Abenden vor den Veranstaltungen werden Filme zu den jeweiligen Kontexten gezeigt.

Ziel ist die Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den jeweiligen nationalen und prozessualen Kontexten; die Verbreiterung des aktiven Netzwerkes, sowie das Erreichen einer breiteren Öffentlichkeit über das bisherige Netzwerk hinaus.

«Insight NSU» wird in Kooperation mit NSU-Watch, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwalteverein e.V. durchgeführt.

## NSU und Oury Jalloh – Wie der deutsche Rechtsstaat rassistische Morde deckelt

Nadine Saeed für die *Initiative in Gedenken an Oury Jalloh*

Der «Nationalsozialistische Untergrund» soll in den Jahren zwischen 2001 und 2006 mindestens zehn Menschen ermordet haben. Wie sich nach der «Enttarnung» des NSU im Jahr 2011 herausstellte, war der Verfassungsschutz über die Täter und ihr rechtes Netzwerk bestens im Bilde. Trotzdem wurde die Öffentlichkeit durch die ermittelnden Behörden jahrelang in die Irre geführt. Die Ermittlungen richteten sich gegen die Opfer und deren Umfeld. Aus einer rassistisch motivierten Mordserie eines bundesweit organisierten Neonazinetzwerks konstruieren die Ermittler die sogenannten «Dönermorde».

Oury Jalloh wurde am 7. Januar 2005 im Polizeirevier Wolfgangstraße in Dessau an Händen und Füßen festgekettet und verbrannt. In zwei langwierigen Gerichtsverfahren vor dem Landgericht Dessau (2007/2008) und dem Landgericht Magdeburg (2011/2012) musste sich lediglich der damalige Dienstgruppenleiter Andreas Schubert wegen fahrlässiger Tötung verteidigen. Ihm wurde vorgeworfen, nicht alles für eine schnelle Rettung von Oury Jalloh getan zu haben.

Die Brand- und Todesursache von Oury Jalloh wurde von den zuständigen Ermittlungsbehörden jedoch nicht geklärt. Stattdessen spricht die Staatsanwaltschaft bis heute von einem «tragischen Unglück» und beharrt auf der «Selbstentzündungsthese». Die Möglichkeit, dass Dritte in der Zelle waren und Oury Jalloh angezündet haben könnten, wird von Beginn an vollständig ausgeblendet.

### **Kein «Versagen» sondern gezielte Manipulation der polizeilichen und juristischen Aufklärungsarbeit**

Schon vor der eigentlichen Tatortarbeit am 7. Januar 2005 wurde die Behauptung aufgestellt, dass Oury Jalloh das Feuer selbst entzündet habe. Das Innenministerium von Sachsen-Anhalt beauftragte die Kriminalpolizei Stendal und das Landeskriminalamt mit der Ermittlungsarbeit. Obwohl sich den Ermittlern vor Ort das völlig obskure Bild einer an allen Vieren gefesselten Brandleiche bot rief das LKA keinen Brandsachverständigen an den Tatort. Die Zelle wurde auch nicht nach Brandbeschleunigern untersucht. Die LKA-Beamten sicherten lediglich einen Teil des Brandschutts, der erst drei Tage später im Labor untersucht wurde. Im Beisein der LKA-Beamten wurde der Leichnam von Oury Jalloh in der Gerichtsmedizin Halle autopsiert. Röntgenbilder wurden nicht angefertigt. Die Videoaufzeichnungen der Tatortarbeit verschwanden auf ungeklärte Weise.

Die auffällige Aneinanderkettung von schwerwiegenden Ermittlungsfehlern im Fall von Oury Jalloh, kann unmöglich als zufälliges Versäumnis abgetan werden. Vielmehr ergibt eine ausführliche Analyse der polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungsarbeit, dass die Aufklärung der Brand- und Todesursache aktiv verhindert werden sollte.

Wie beim NSU führten einseitige und eingeschränkte Ermittlungen in eine völlig falsche Richtung und lenkten somit vom eigentlichen Täterumfeld und der rassistischen Tatmotivation ab. Die Medien übernahmen unhinterfragt die höchst unwahrscheinlichen Thesen der staatlichen Ermittlungsbehörden und berichteten im Fall der rassistisch motivierten Mordserie des NSU jahrelang von «Dönermorden». Oury Jalloh wurde als afrikanischer Drogendealer dargestellt, der an jenem Tag deutsche Frauen belästigt und Unmengen von Alkohol und Kokain konsumiert haben soll. Auch hier offenbart sich die Strategie der Ermittlungsbehörden – die Opfer werden durch rassistische Stigmatisierungen zu Tätern gemacht. In beiden Fällen wurde der Öffentlichkeit vermittelt, dass die Opfer selbst Schuld tragen an ihrem Tod.

Nachdem die Existenz des NSU öffentlich bekannt wurde, reagierten die Polizeibehörden mit der systematischen Vernichtung zahlreicher Akten, um die Verstrickungen staatlicher Behörden in den Aufbau und der Organisation rechter Terrorstrukturen in der BRD zu verschleiern. Auch hier handelt sich nicht um «Pannen», sondern um Vertuschung. Die Vernichtung und Manipulation einer Vielzahl wichtiger Beweismittel bestimmen auch die Ermittlungsarbeit im Fall von Oury Jalloh und stellen das Landeskriminalamt von Sachsen-Anhalt und die Dessauer Staatsanwaltschaft unter den dringenden Verdacht, eine Aufklärung der Ermordung von Oury Jalloh auch in dieser Hinsicht aktiv verhindert zu haben.

Der juristische Aufklärungswille beschränkt sich in beiden Fällen auf das Notwendigste. Im Fall des NSU sitzen

neben Beate Zschäpe nur einige wenige «Helfer» auf der Anklagebank in München. Die Anklageschrift im Fall von Oury Jalloh richtete sich lediglich gegen das Fehlverhalten des damaligen Dienstgruppenleiters. So wird der Eindruck erweckt, es handle sich jeweils um isolierte Einzeltäter. Ebenso sind die Anklageschriften in beiden Fällen so eng gefasst, dass die Richter weiterführende Fragen der Nebenklagevertretungen zu den Hintergründen der Morde abweisen können, weil sie nichts mit der Anklageschrift zu tun haben. Im Fall von Oury Jalloh und im Fall des NSU werden der Öffentlichkeit rechtsstaatliche Verfahren vorgegaukelt. In Wirklichkeit geht es um Schadensbegrenzung.

## **Schutz rechter Gewalttäter durch Polizei und Justiz**

Mindestens dreizehn Menschen wurden seit 1992 durch rechte Gewalttäter in Sachsen-Anhalt ermordet. Das Bundesland führt die Statistik rechter Gewaltverbrechen seit vielen Jahren an. Die Polizei Sachsen-Anhalts greift oftmals nicht ein und reagiert mit einer nachlässigen Strafverfolgung der Täter. Der andauernde fehlerhafte Umgang der Polizei Sachsen-Anhalts mit Rechtsextremismus ist in vielen Presseberichten gut dokumentiert und wurde auch in mehreren Studien ausführlich dargestellt.

Falls rechte Täter tatsächlich gefasst werden, wollen Staatsanwälte und Richter die rassistische Motivation, welche diesen Gewaltverbrechen zu Grunde liegen, nicht erkennen. Dies kann auch an einem ganz aktuellen Beispiel deutlich gemacht werden: Ende 2013 wurde ein türkischer Imbissbetreiber von einer Gruppe Neonazis in Bernburg lebensgefährlich verletzt. Unter den Tätern war auch der «Schläger von Pömmelte», der im Jahr 2006 einen 12-jährigen äthiopischen Jungen schwer misshandelt hatte. Zwei Jahre später starb er an den Spätfolgen seiner Verletzungen. Im Fall des Bernburger Imbissbetreibers weigerten sich Staatsanwälte und Richter, ein rassistisches Tatmotiv zu erkennen. Das Opfer und die Angehörigen kritisierten nach dem Prozess, dass die rassistische Dimension des Falles von Staatsanwaltschaft und Gericht ausgeblendet wird. Dies scheint aber gängige Praxis der Justiz in Sachsen-Anhalt im Umgang mit rechter Gewalt zu sein.

Sowohl im Fall der NSU als auch im Fall der Ermordung von Menschen in Sachsen-Anhalt durch Neonazis kommen polizeilichen Ermittlern und der Justiz unterstützende Funktionen zu. Sie greifen nicht

rechtzeitig ein, behandeln die Täter nachlässig und schützen sie abschließend vor juristischer Strafverfolgung. Damit legitimieren staatliche Behörden rassistische Gewaltverbrechen, die von den Neonazis oder, wie im Fall von Oury Jalloh, durch die Polizei selbst begangen werden.

## **Verachtung bis in den Tod**

Beide Fälle offenbaren Parallelen hinsichtlich rassistischer Ideologie und Handlungsweisen sowohl der Täter als auch der Ermittler. Die Dessauer Polizei war für ihren «harten Umgang mit Ausländern» bekannt, dies erklärte ein Polizeizeuge bei seiner Vernehmung. Das Innenministerium war darüber informiert. Trotzdem wurden alle involvierten Polizeibeamten nicht als mögliche Täter, sondern als Zeugen befragt.

Eine akzeptierte rassistische Grundhaltung der sachsen-anhaltinischen Polizeibehörden lässt sich anhand weniger Beispiele verdeutlichen. Im Fall von Oury Jalloh hatte der Dienstgruppenleiter telefonisch dem Arzt gegenüber geäußert, «Piekste mal 'nen Schwarzafrikaner!» Als der ihm antwortete: «Ach du Scheiße. Da find ich immer keine Wehne», scherzte der Dienstgruppenleiter «Na dann bring doch 'ne Spezialkanüle mit!» Der Tod von Oury Jalloh wurde von einem hochrangigen Polizeibeamten im Rahmen eines Führungstreffens in Halle im Februar 2005 mit den Worten «Schwarze brennen nun mal länger!» kommentiert.

Auch beim NSU bestimmte ein rassistischer Grundton den Umgang der Polizeibehörden mit dem Opfern. So wurde Süleyman Taşköprü in den Ermittlungsakten des LKA mehrmals als «Schmarotzer» bezeichnet. Insbesondere die Angehörigen der Opfer des NSU wurden im Rahmen der Ermittlungsarbeit und in den gerichtlichen Verfahren von staatlicher Seite nicht nur enttäuscht, sondern zusätzlich gequält und verhöhnt. Die Mutter von Oury Jalloh, Marima Diambo Diallo, verstarb im Jahr 2012 in Guinea an Herzversagen, nachdem sie drei Monate den Prozess in Magdeburg verfolgt hatte und kurz vor ihrer Abreise miterleben musste, wie die Richter den Prozess gegen den Dienstgruppenleiter ohne Urteil einstellen wollte. Begründung: mangelndes öffentliches Interesse.

## **Aufklärung selbst in Hand nehmen!**

Wenn staatliche Ermittlungsbehörden nicht gewillt sind, gegen sich selbst zu ermitteln, müssen Freunde und Angehörige die Aufklärungsarbeit selbst in die Hand nehmen. Sowohl im NSU-Prozess als auch im Verfahren gegen den damaligen Dienstgruppenleiter Schubert im Fall von Oury Jalloh interessieren sich die Nebenkläger vordergründig für eine lückenlose Aufklärung der Todesumstände und weniger um die Bemessung der Höhe der Strafe.

Kurz nach dem Tod von Oury Jalloh demonstrierten Freunde in Dessau für Aufklärung der Todesumstände. Es gründete sich die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, die damit begann, eigenständige Ermittlungen durchzuführen, weil sie die unglaublichen Erklärungen der Polizei anzweifelte. Freunde von Oury machten die Familie in Guinea ausfindig und engagierten Anwälte, welche als Nebenklagevertreter im Prozess gegen Schubert auftraten. Eine zweite Autopsie des Leichnams von Oury Jalloh, welche von der Initiative in Auftrag gegeben worden war, ergab dass Oury Jalloh eine gebrochene Nase hatte. Im November 2013 stellte die Initiative dann ein unabhängiges Brandgutachten vor, welches von einem Brandsachverständigen in Irland angefertigt worden war. Es erbrachte den Beweis, dass ein Feuer dieser Intensität nicht ohne den Einsatz eines entsprechenden Brandbeschleunigers zu erreichen ist.

Im November 2014 hat die Initiative weitere medizinische und toxikologische Gutachten in Großbritannien und Kanada in Auftrag gegeben, welche weiter zur Aufklärung der Todesumstände von Oury Jalloh beitragen werden.

Die Angehörigen der Opfer wurden sowohl im Fall von Oury Jalloh, als auch im Fall des NSU ungewollt zur wohl wichtigsten ermittelnden Instanz. Sie sind diejenigen, die mit der Unterstützung einer kritischen Öffentlichkeit für Aufklärung sorgen. Ohne die Nebenkläger würden Ermittlungs- und Gerichtsverfahren im Sande verlaufen.

Die Aufklärungsarbeit an den Todesumständen gewinnt ihre Brisanz nicht nur dadurch, dass die Täter durch staatliche Strukturen nicht nur gedeckt, sondern auch unterstützt werden. Dies funktioniert allerdings auch umgekehrt. Nach der Urteilsverkündung gegen Andreas Schubert rief neben der Gewerkschaft der Polizei auch die NPD in Sachsen-Anhalt zu einer Spendensammlung für den damaligen Dienstgruppenleiter auf.

## Oury Jalloh – Das war Mord!

## Staat und Nazis – Hand in Hand!

Weitere Informationen zur Initiative in Gedenken an Oury Jalloh unter <http://initiativeouryjalloh.wordpress.com/>



## Die Nagelbombe in der Keupstraße Köln

Peter Bach von der *Initiative Keupstraße ist Überall*

Am 9. Juni 2004, nachmittags um 15.56 Uhr, explodierte die Nagelbombe in der Keupstraße. 22 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Im Umkreis von 250m wurden Fenster, Geschäfte und Autos zerstört.

Um 16:35 Uhr gaben die Ermittler vor Ort folgende Meldung an die Zentrale:

*«betr.: terroristische gewaltkriminalitaet hier: anschlag auf zwei geschaeft in koeln-muelheim bezug: fermuendliche vorausmeldung am 09.06.2004, 16:35h durch br koeln [...] vorbehaltlich der fernschriftlichen bestaetigung durch die tatortbehoerde teile ich folgenden sachverhalt mit: bei der explosion von zwei geschaeften auf der kolbstr. in koeln-muelheim wurden 10 bis 15 personen verletzt, davon einige schwer. da im umkreis zimmermannsnaegel gefunden wurden geht man von einem anschlag aus.»* (Im UA des Bundestages Quelle 5840)

70 Minuten später, um 17:45 Uhr wird die erste Meldung wie folgt korrigiert:

*«die im bezug genannte lageerstmeldung wird korrigiert. bisher liegen keine hinweise auf terroristische gewaltkriminalitaet vor. nach bisherigen erkenntnissen handelt es sich um einen anschlag unter verwendung von usbv bei dem personen- und sachsaden entstand. es wird nachberichtet.»* (5841)

Am nächsten Morgen äußert der damalige Bundesinnenminister Otto Schily den folgenden folgenschweren Satz in der Tagesschau:

*«Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu, aber die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, so dass ich eine abschließende Beurteilung dieser Ereignisse jetzt nicht vornehmen kann.»* (5862)

«Kriminelles Milieu», dieser Titel prägte von da an, über 7 Jahre, nicht nur die gesamte Tätigkeit der Ermittlungsbehörden, sondern stigmatisierte die Opfer in der gesamten Berichterstattung und öffentlichen Wahrnehmung der Keupstraße im Stadtteil, in der Stadt und im ganzen Land. Die Opfer wurden nicht getröstet, ihnen wurde keine Sicherheit und keine Zuwendung gewährt, wie es nach traumatischen Erlebnissen

notwendig ist, sie wurden verhört, abgehört, verfolgt, verdächtigt, gegeneinander ausgespielt.

Am 4.11.2011, sieben Jahre später, nach dem misslungenen Banküberfall in Eisenach, die Selbstenttarnung des NSU.

Den Angehörigen der Mordopfer und den von den Bombenanschlägen Betroffenen fiel nach 7 Jahren der Verfolgung und Verdächtigung ein Stein vom Herzen, weil endlich die Verdächtigungen aufhörten – und oft fielen sie in ein Loch: Sie hatten jahrelang gelitten, ohne einen einzigen Grund, ohne eine einzige Spur, einen einzigen Anlass? Es wurde gegen sie gemordet und gebombt, weil sie Migrant\_innen waren – und es wurde gegen sie ermittelt, weil sie Migrant\_innen waren.

Die Erkenntnis, der über 11 Jahre währenden beispiellosen rassistischen Aktionen von grundloser Kriminalisierung und Verfolgung von Migrant\_innen durch nationale, kommunale und Landesbehörden und der Öffentlichkeit in 5 Bundesländern und 13 Kommunen und die Erkenntnis, dass die vom Bombenanschlag in der Keupstraße Betroffenen auch von uns in den sieben Jahren nachbarschaftlich und politisch kaum oder nicht unterstützt wurden, hat uns veranlasst, die Initiative «Keupstraße ist überall» als ein Angebot zu gründen, die Nebenkläger und Zeugen, wie ihre Angehörigen auf den für viele schwierigen Weg nach München zu begleiten.

Wenn sie dort den angeklagten Neonazis gegenüber sitzen und Richtern und Ermittlungsbeamten, die in der Vergangenheit wenig Anlass zu Vertrauen gegeben haben, sollen sie sicher sein, im Gerichtssaal und davor Leute zu wissen, die hinter ihnen stehen. Mit Unterstützung der Rechtsanwält\_innen wurden schon im Vorfeld gemeinsame Fahrten nach München organisiert, um sich mit dem Terrain vertraut zu machen und so Sicherheit und Selbstbewusstsein zu stärken.

In diesen Aktionen werden beide Schwerpunkte unserer Initiative zum Ausdruck kommen: Das sind einmal die antirassistischen und antifaschistischen Initiativen und Organisationen, die mit den Opfern gemeinsam den Rassismus aufdecken und angreifen wollen, der den

Verbrechen des NSU, wie auch den rassistischen Ermittlungen und Schuldzuweisungen an die Opfer zugrunde liegt. Der andere Schwerpunkt liegt darin, die Situation im Stadtteil und in der Nachbarschaft der Keupstraße zu verändern: die Lücke in unseren Beziehungen zu schließen, die es den staatlichen Organen ermöglicht hat, sieben Jahre aus Opfern Täter zumachen. Das ist nicht ganz einfach: So werden unsere wöchentlichen Treffs regelmäßig von über 20 Menschen besucht, sind aber aufgrund der großen Zahl oft eine anstrengende Abarbeitung von Aufgaben, Korrespondenzen, Stellungnahmen und Einladungen. Machen wir aber Veranstaltungen, wie z.B. zusammen mit dem Schauspiel Köln in dessen Übergangsräumen im Stadtteil, sind es oft über 150 Personen, die dort hinkommen. Diese Veranstaltungen waren auch die ersten, in denen die Sichtweise der Betroffenen im Mittelpunkt stand. In denen sie den Anschlag und, wie sie es nannten, den Anschlag nach dem Anschlag schilderten. Über 1000 Menschen haben unsere Veranstaltungen seit März dieses Jahres besucht. Wir haben dort den institutionellen Rassismus aufgedeckt, sind öffentlichen Ausflüchten entgegen getreten und haben eine Vernetzung mit den Angehörigen aller NSU-Mordopfer und der entsprechenden Initiativen erreichen können. (Wobei uns sicher geholfen hat, dass wir oft eine Dolmetscheranlage eingesetzt haben, um allen ein ungehindertes Sprechen und Zuhören zu ermöglichen). Dass sich jetzt zusätzlich zu den Treffen der Initiative ein Zusammentreffen der Betroffenen und Nebenkläger\_innen gebildet hat, zu denen schon bis zu 30 Personen teilgenommen haben, ist sicher einer der größten Erfolge der bisherigen Arbeit.

Das Zusammentreffen der Opfer der Nagelbombe und die Herstellung des Kontaktes mit den Angehörigen der NSU-Mordopfer stärken sie in ihrem gemeinsamen Wunsch, Aufklärung und Gerechtigkeit zu fordern und dem Rassismus Einhalt zu gebieten. Sie gehen nicht als Opfer nach München, sondern als Kläger\_innen und Fordernde.

Wir wollen während der ganzen Zeit der Verhandlungen über die Keupstraße in München ein Zeichen setzen, dass der NSU gescheitert ist. Dass die Bindungen nicht zerbrochen wurden, sondern gewachsen sind. Wir laden alle herzlich ein, daran teilzunehmen.

## Peter Bach ist langjähriger Nachbar der Keupstraße und Mitglied der Initiative Keupstraße ist überall

Die Initiative Keupstraße ist überall unterstützt die Forderung der Angehörigen und der Opfer des Nagelbomben-Attentats nach einer gesellschaftlich wirksamen Entschuldigung wie emotionaler und materieller Wiedergutmachung und einer den Taten angemessenen Verurteilung der Täter\_innen. Hierzu wird sie zum Auftakt der Verhandlungen um die Nagelbombe die Wünsche der Angehörigen und der Opfer nach einer lückenlosen Aufklärung der Taten, und aller Verstrickungen staatlicher, juristischer wie polizeilicher Behörden und der rechtsradikalen Szene in die Taten vortragen. Der Termin der Verhandlung steht zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht fest, was die Vorbereitungen der Initiative zur Prozessbeobachtung erschwert.

Sie erreichen die Initiative unter ihrer Website: <http://keupstrasse-ist-ueberall.de>.

Jeden Montag findet außerdem ein offenes Treffen Café Sabahçı in der Keupstraße, Köln statt.



## «Wir haben von Anfang an gesagt: Das hat einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Es ist auf jeden Fall eine Abschreckungspolitik.»

Interview mit Hasan Y. vom 4. November 2013 – Auszug aus dem Buch «Von Mauerfall bis Nagelbombe» (S. 112–115) von der Gruppe «Dostluk Sineması».

### Was waren Ihre Vermutungen, von wem der Anschlag verübt wurde?

In der Keupstraße kennt uns jeder. Was für Menschen wir sind, und dass wir mit niemandem Probleme oder Feindschaften haben. Dass wir mit niemandem Streit haben. Ich bin seit 15, 16 Jahren hier. In dieser Zeit gab es nicht die kleinste Auseinandersetzung. Wenn ich niemandem etwas tue, warum sollte ich dann Feinde haben? Wir haben von Anfang an gesagt: «Das hat einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Es ist auf jeden Fall eine Abschreckungspolitik.» Aber die Polizei ist immer auf denselben Sachen herumgeritten: «Das sind Mafia-Abrechnungen, das hat was mit Drogen zu tun.» Was sollte ein Friseur mit der Mafia oder mit Drogen zu tun haben? Mit diesen Fragen und Vorwürfen wurden wir konfrontiert.

Die Polizisten sind sogar so weit gegangen, dass sie gesagt haben: «Ihr wisst, wer diese Sache gemacht hat. Wenn ihr uns sagt, wer das war, dann kriegt ihr vom deutschen Staat ein neues Leben, ein neues Haus, ein neues Auto.» Das sind die eigentlichen Sachen, die einen verletzen.

Ok, wir haben die Bombe abbekommen. Die Bombe war eine sehr schlimme Sache, wir sind verletzt worden. Gott sei Dank sind wir wieder gesund, Gott sei Dank ist auch keiner gestorben. Aber diese Dinge verletzen einen sehr tief. Also warum? Sind wir Türken so schlimm? Sind wir wirklich so schlimme Menschen, dass wir dermaßen beschuldigt werden?

Und nicht nur das. Ich war fünfmal in Berlin. Ich habe den Bundespräsidenten getroffen, den ehemaligen Bundespräsidenten Wulff. Ich habe Herrn Gauck getroffen. Ich habe mich mit Bundeskanzlerin Merkel getroffen. Ich habe alle getroffen. Eins zu eins getroffen, wir haben zusammen gegessen.

Auch die Angehörigen der so genannten «Döner-Morde» waren da, wir saßen zusammen und unterhielten uns. Und alle hatten dasselbe Problem. Mit allen war dasselbe gemacht worden.

«Dein Mann war ins Drogengeschäft verwickelt. Dein Mann hat gemeinsame Sache mit der Mafia gemacht. Sie sind gekommen, um Schutzgeld zu erpressen und haben ihn umgebracht, weil er nicht bezahlen wollte.» Also soweit kann man gehen? Bei zehn Personen passiert das gleiche, aber es ist keine Fremdenfeindlichkeit? Wo gibt es denn so was? Was ist am Ende rausgekommen?

Am Ende ist Fremdenfeindlichkeit rausgekommen. Mich interessiert in diesem Zusammenhang sehr, was der deutsche Staat denkt. Das ist ein Schandfleck für Deutschland.

### Haben sich Ihre Vermutungen im Laufe der Jahre verändert?

Ich habe meinen Standpunkt innerhalb dieser Zeit nie geändert. Wie ich gesagt habe, wir haben keine Feinde, wir haben mit niemandem schlimme Anfeindungen. Also warum sollte uns jemand so was antun? Wir haben von Anfang an gesagt: «Das ist auf jeden Fall Fremdenfeindlichkeit.» Und unsere Meinung hat sich zu keinem Zeitpunkt verändert. Wirklich.

Also es ist ja so: Du sagst zu jemandem 40 Tage lang, dass er verrückt ist, und am Ende glaubt er selber, dass er verrückt ist. Wir waren an so einem Punkt angelangt. Vielleicht hatten wir das ja tatsächlich gemacht und konnten uns bloß nicht erinnern.

Wir waren an so einem Punkt, aber Gott sei Dank ist es herausgekommen, diese ganze Neonazi-Sache, wenn auch spät. Und zwar klipp und klar. Alles ist an die Oberfläche gekommen. Wir waren so erleichtert, das kann man sich nicht vorstellen. Weil ihre Behauptungen sich nicht bestätigt haben. Es ist nicht das rausgekommen, was sie wollten. Sie haben versucht, alles zu verdecken – aber das hat nicht funktioniert.

### Wie hat sich das auf das Zusammenleben in der Straße ausgewirkt? Was hat sich für Sie verändert, wenn Sie auf der Keupstraße sind?

Wenn ich jetzt sagen würde, es hat sich nichts verändert, wäre das gelogen. Ob du willst oder auch nicht, einige

Dinge haben sich zwangsläufig verändert. Die Keupstraße hat eine bestimmte Zeit lang eine wirtschaftliche Flaute erlebt, alle Leute hatten Angst. Sogar die Kunden. Denn in der Presse hat das so einen großen Raum eingenommen, was die Polizei gesagt hat, mit der Mafia, mit den Drogen. Diese Verdächtigungen haben bei den Kunden Vorbehalte erzeugt, so dass sie sicherlich auch gedacht haben, vielleicht ist ja etwas dran an den Vorwürfen.

Der Betrieb stand für eine Weile still. Schließlich war der Laden von meinem Bruder, in dem wir uns gerade befinden, vollkommen zerstört. Alle Mitarbeiter haben unter sich netterweise Geld gesammelt, damit wir den Laden wieder aufbauen konnten. Aber das wollten wir auch nicht. Mein Bruder wollte das nicht, er hat gesagt: «Ich schaffe es schon irgendwie, wieder auf die Beine zu kommen, mit Schulden. Ich kann einen Kredit bei der Bank aufnehmen, um so aus dieser Sache wieder rauszukommen.» Unser Leben hat sich wirklich verändert.

Also: Hatten wir Angst? Natürlich hatten wir Angst. Ich habe Ihnen ja gesagt, dass ich eine Zeitlang nicht schlafen konnte. Meine Frau hat mir sehr geholfen, sie hat mich sehr stark unterstützt. Wir standen vor der Situation, dass unser Kind geboren wurde. Das hat mich sehr stark beeinflusst. Also auf positive Weise. Ich konnte nicht in mein Auto steigen, weil ich dachte, dass vielleicht etwas passiert. Werden sie vielleicht eine Bombe da rein legen, weil jeder weiß, dass ich es letztendlich war, der ihn gesehen hat. Ich habe sehr schlimme Sachen durchlebt.

Natürlich haben sich dadurch bestimmte Sachen verändert. Sowohl materiell als auch psychologisch.

**Einen Tag nach dem Anschlag hat der damalige Innenminister Otto Schily gesagt, dass ein fremdenfeindlicher Hintergrund des Anschlags ausgeschlossen wird. Können Sie sich daran erinnern, wie das auf Sie gewirkt hat?**

Wie ich gesagt habe, es wurde immer nur in eine Richtung geguckt. Wenn sie gesagt hätten, in Deutschland wird ein Flugzeug auf deinem Kopf abstürzen, hätte ich das vielleicht geglaubt. Aber ich hätte mir nie vorstellen können, dass sie eine Bombe vor meinen Laden zünden und ich dadurch verletzt werden könnte.

Du erlebst so etwas, dann kommen hohe Polizisten und Politiker und sagen: «Das kann keine Fremdenfeindlichkeit sein.» Warum soll das nicht sein können? Warum wurde nicht in diese Richtung ermittelt? Warum wurde immer in Richtung Mafia und Drogen ermittelt?

Wenn sie doch früher in Richtung Fremdenfeindlichkeit ermittelt hätten oder es zumindest nicht ausgeschlossen hätten! Dann wäre diese Sache vielleicht ein Jahr später oder noch im selben Jahr aufgedeckt worden. Sicher wäre es aufgedeckt worden. Aber es sind bestimmte Sachen gelaufen. Das kann man sich nicht vorstellen, aber es war tatsächlich so. Die Nachrichten in den Medien zum Beispiel: Drogen, Mafia-Abrechnungen.

Aber es ist doch eigentlich so: Bis die Schuld eines Menschen bewiesen ist, ist er unschuldig. Wenn es einen konkreten Beweis gibt, dann ok. Aber wie kann man einen Menschen ohne Beweise so stark verurteilen? Wenn du konkrete Beweise hast, wenn du es mit eigenen Augen gesehen hast oder Videomaterial hast, welches das Gegenteil beweist, kannst du sagen: «Das ist keine Fremdenfeindlichkeit. Das ist ganz sicher eine Mafia-Abrechnung. Drogen.» Aber dafür musst du was gesehen haben, um das ableiten zu können.

Aber die Presse ist in so was ja sowieso die Nummer eins. Sachen so übertrieben darzustellen: «Ja, das war eine Mafia-Abrechnung. In den Laden kamen Bodyguards und Türsteher. Und zwielichtige Frauen.» Soll ich für die Kunden einen Türsteher engagieren und sagen: «Nein, du bist eine schlechte Frau, du darfst nicht rein. Du bist so und so und du kommst nicht rein.» So was kann ich doch nicht machen. Was ist das denn für eine Vorstellung? Und die Polizei hat gesagt: «Ja, Sie lassen sich die Haare so wachsen wie die!» Kann ein Mensch sich nicht die Haare wachsen lassen, wie er möchte? Ich kann mir doch die Haare schneiden lassen, wachsen lassen, ich kann mir auch einen Bart wachsen lassen oder mir eine Glatze scheren lassen. Das geht keinen etwas an, das ist meine Sache. Also sie haben sogar die Macht, dich solche Sachen zu fragen.

**Was ist in Ihnen vorgegangen, als Sie erfahren haben, dass der NSU für den Bombenanschlag verantwortlich war?**

Wie habe ich das erfahren? Zu der Zeit habe ich für einen kurzen Zeitraum woanders gearbeitet. Bei einem Freund im Friseurladen. Nach dem Bombenanschlag

hatte ich für kurze Zeit diesen Laden verlassen. Das war damals so erforderlich. Die Geschäfte liefen nicht so gut nach dem Anschlag und die Wiedereröffnung hatte sich verzögert.

Es war der 11.11., das werde ich nie vergessen. Also genau an Karnevalsanfang. An dem Tag hat mich ein Freund angerufen und gesagt: «Sag mal, hast du das mitbekommen?» Er hat mir erzählt, dass zwei Männer gefasst worden seien und sich selbst umgebracht hätten. Ich habe gesagt: «Nein, ich habe nichts mitbekommen.» Und er meinte: «Mach mal den Fernseher an und guck dir die Nachrichten an.» Dann habe ich die Nachrichten angeschaltet.

Ich wusste nicht, ob ich mich freuen oder ob ich traurig sein soll. Da habe ich ein totales Gefühlschaos durchlebt. In dem Moment fühlte ich mich frei wie ein Vogel, denn wir konnten diesen Druck von der Polizei wirklich nicht mehr ertragen. Jedes Jahr haben sie gesagt: «Sie werden zum Verhör geladen, können Sie bitte mit aufs Revier kommen.»

«Ja, warum denn?»

«Ja, wir haben noch ein paar kleine Fragen an Sie.»

Dann haben sie uns vier, fünf Stunden lang verhört. Einmal, ein Jahr nach der Geburt meines Kindes, haben sie mich zum Verhör geladen. Meine Frau ist mitgekommen, um zu dolmetschen, weil ich nicht so gut



Deutsch spreche. Als wir da waren, haben sie zu meiner Frau gesagt: «Wir werden auch Sie verhören.» Wir mussten unser Kind dann von einem Freund abholen

## [Von Mauerfall bis Nagelbombe](#)

Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre

128 Seiten

ISBN: 978-3-940878-16-8

Preis: 10 Euro zzgl. 2 Euro Versandkosten

lassen. Am selben Tag hatten sie meinen Bruder und seine Frau auch zum Verhör geladen und ein gegenüberstellendes Verhör gemacht. Sie haben uns vier Stunden lang verhört!

Am meisten freue ich mich, dass ich diese Verhöre losgeworden bin. Und das schönste an der Sache ist, dass diese Beschuldigungskampagne in ihrer Hand explodiert ist. Über diesen Punkt haben wir uns am meisten gefreut. Denn wir hatten wirklich schon angefangen, an uns selbst zu zweifeln. Nach dem Motto: «Sind wir wirklich so schlecht, und wissen es nur nicht?» Aber am Ende des Tages ist alles rausgekommen. Dann kamen wieder die Journalisten und haben gefragt: «Es ist rausgekommen, dass es ein fremdenfeindlicher Anschlag war. Was denken Sie darüber?»

Warum habt ihr dann am Anfang etwas ganz anderes geschrieben? Bis die Schuld eines Menschen bewiesen ist, ist er unschuldig!

Als die Wahrheit ans Licht gekommen ist, haben wir uns wirklich sehr gefreut. Wir haben erfahren, wer uns das angetan hat. Denn wir hatten immer die Frage in uns: «Wer kann uns das angetan haben? Warum haben sie uns das angetan?» Aber die Absicht war offensichtlich.

Deutsche Läden sind auf der Straße verschwindend gering. Sie haben wahrscheinlich gedacht, die Straße ist zu voll mit Türken, wir müssen einige von ihnen vernichten. Aber ihr Plan ist nicht aufgegangen. Unser Zusammenhalt ist sogar besser als vorher. Wir sind wie Geschwister auf der Straße hier. Natürlich kann man sich über so etwas nicht freuen. Aber letztendlich war es als Resultat insofern gut, dass wir dadurch zusammengerückt sind. Wir als türkische Mitbürger sind dadurch zusammengerückt. Türken, Aleviten, Tscherkessen, Sunniten, Araber, wir leben hier alle miteinander. Wir haben eine sehr schöne Gemeinschaft hier.

Natürlich habe ich mich sehr gefreut, dass die Wahrheit ans Licht gekommen ist. Die Freude war unbeschreiblich groß.

Das vollständige Interview ist erschienen in:

## [Duvarın Yıkılışından Çivili Bombaya](#)

1990'lı Yılların İrkçı Pogromları ve Saldırıları Bağlamında NSU'nun Köln Keupstrasse Saldırısı

120 Sayfa

ISBN: 978-3-940878-19-9

## Demonstration zum 3. Jahrestag der Enttarnung des NSU vom 01.11.2014 in Berlin

2000 Menschen gingen am 1. November 2014 in Berlin auf die Straße um der Ermordeten des NSU zu gedenken und einen verstärkten Kampf gegen Rassismus zu fordern. Nachfolgend ein Redebeitrag hierzu von der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine (DIDF)

Liebe Freunde,

ich möchte euch im Namen der DIDF und der DIDF-Jugend Berlin zu heutigen Demo herzlich willkommen heißen. Wir sind heute hier, um unsere Solidarität mit den Opfern des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zu zeigen, und den öffentlichen Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen.

Am 4. November 2011 flog etwas auf, was lange ausgeblendet und gezielt verschwiegen wurde: Es gibt tödlichen Rechtsterrorismus in Deutschland. Die Mordserie des NSU ist beispiellos in der Geschichte der Bundesrepublik. Über den Zeitraum von 10 Jahren morden drei polizeilich gesuchte Neonazis an verschiedenen Orten in Sachsen und Thüringen im Untergrund. Sie finanzieren sich anfangs über Spenden ihrer Gesinnungsgenossen, später über zahlreiche Banküberfälle. Sie verüben Bombenanschläge in Köln, bei denen 24 Menschen zum Teil schwer verletzt werden. Und sie ermorden gezielt neun Menschen mit Migrationshintergrund und eine Polizeibeamtin.

Das allgemeine Entsetzen war groß. Nicht nur darüber, dass sich das Nazi-Trio jahrelang durch Deutschland mordete. Sondern auch darüber, dass es dies scheinbar unerkant und ungehindert tun konnte. Es war ein Entsetzen auch über die vermeintliche Tatenlosigkeit der Sicherheitsbehörden. Man sprach vom Versagen.

Doch welches Versagen? War alles nur eine Aneinanderreihung von Pleiten, Pech und Pannen? Es ist kein Geheimnis mehr, dass zahlreiche V-Männer jahrelang das NSU-Trio unterstützten. Kann man bei all den bekanntgewordenen und vermutlich noch drastischeren unbekanntem Vorgängen von Versagen sprechen? Fest steht: Ohne die Kumpanei der staatlichen Sicherheitsbehörden mit Rechtsterroristen und die bis heutige Verharmlosung neonazistischer Gewalt hätte es die rassistische Mordserie des NSU so nicht geben können. Es muss davon ausgegangen werden, dass es kaum eine überregional aktive bzw. relevante Neonazistruktur ohne V-Leute gegeben hat. Sie wurden von ihren Führungsbeamten vor Hausdurchsuchungen und Strafverfolgung systematisch geschützt.

Doch sowohl in Bezug auf die Entwicklung der Neonaziszene als auch der staatlichen Antworten lässt sie sich mit einem schlichten «Wir machen weiter so wie bisher» zusammenfassen. Neonazistische Organisation und rassistische Gewalt werden ignoriert und verharmlost. Der NSU wird als vermeintlich singuläre Erscheinung und quasi abgeschlossene Geschichte sowohl in den Mainstream-Medien als auch der herrschenden Politik dargestellt.

Die Realität ist eine andere. Das zeigt uns die Demo der sogenannten «Hooligans gegen Salafisten» in Köln in der vergangenen Woche. Über 3000 Neonazis gingen auf die Straße, attackierten Menschen und riefen: «Ausländer raus», begleitet von Hitler-Grüßen. Nach wie vor gibt es immer aufs Neue rassistische Kampagnen gegen Flüchtlinge und ein Totschweigen rassistischer Einstellungen in der Gesellschaft. Was wir brauchen und was wir fordern, ist eine lückenlose Aufklärung. Es müssen endlich auch Konsequenzen gezogen werden. Rassismus muss als gesellschaftliches Problem erkannt und bekämpft werden. Rassismus ist Alltag in Deutschland: Abschiebeknäste, Residenzpflicht und institutionelle Diskriminierung sprechen für eine gezielte Ausgrenzung. All das bietet einen fruchtbaren Nährboden für nazistische Organisationen wie den NSU oder NPD. Umso größer ist die gesellschaftliche Verantwortung aller demokratischen Kräfte, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Als ein Teil dieser Bewegung setzt sich die Föderation der Demokratischen Arbeitervereine DIDF seit über 30 Jahren u.a. für ein Verbot und die Auflösung aller rassistischen und faschistischen Organisationen ein und wird es auch weiterhin tun.

## Kein Ende in Sicht

Ulli Jentsch

Drei Jahre nach dem Auffliegen des NSU sind rassistische Mobilisierungen so stark wie lange nicht. Während Anfang November bundesweit auf vielen Veranstaltungen, in Sitzungen und Konferenzen die Frage erörtert wurde, welche Konsequenzen aus dem NSU-Desaster zu ziehen wären, liefen zeitgleich «besorgte Bürger\_innen» und neonazistische Schläger\_innen gegen die Eröffnung neuer Unterkünfte für Geflüchtete Sturm; werden Migrant\_innen bedroht und angegriffen, fliegen wieder Brandsätze gegen Wohnheime. Wie passt das zusammen?

Die kritischen Stimmen waren am dritten Jahrestag der NSU-Selbstenttarnung in der Mehrheit. Es wurde durch viele Beiträge deutlich, dass wir bisher das gesamte Ausmaß des Versagens der Gesellschaft und der Mitschuld und Verantwortung der Behörden noch gar nicht erfasst haben und dass die Aufklärung noch lange weiter gehen muss. In der Öffentlichkeit setzt sich mehr und mehr durch, dass der von den Behörden verbreitete Mythos, ein isoliertes Trio sei für all die dem NSU zugeschriebenen Taten verantwortlich, ins Wanken geraten ist. Die überlebenden Opfer der NSU-Bombenanschläge und die Angehörigen der Ermordeten mühen sich seit dem 4. November 2011 darum, dass der Generalbundesanwalt (GBA) und das Bundeskriminalamt (BKA) die Realität zur Kenntnis nehmen – und vom «Trio-Konstrukt» mit den vier angeklagten Unterstützer\_innen am OLG München abrücken.

Auch die Umsetzung der durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse ausgesprochenen Empfehlungen lässt auf sich warten. Von den vor allem durch den Untersuchungsausschuss im Bundestag aufgestellten Forderungen an die Behörden ist bisher nichts umgesetzt worden. Dass es nun weitere parlamentarische Untersuchungen in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg geben wird, lässt zumindest hoffen, dass der Druck auf die Behörden nicht geringer wird.

Zeitgleich häufen sich die rassistischen Angriffe und Aufmärsche in einem besorgniserregenden Ausmaß. Sowohl die NPD als auch die Netzwerke der Rassist\_innen hetzen und mobilisieren inzwischen fast täglich gegen die Unterbringung von Geflüchteten, in Berlin aktuell in Marzahn, Buch und Köpenick. Bundesweit macht vor allem das antimuslimische Netzwerk der «Hooligans gegen Salafisten» von sich reden und versucht sich als ein Bündnis «besorgter Deutscher» zu inszenieren, das sich im Stil anderer europäischer Banden als militante Sturmtruppe gegen die

angebliche «Islamisierung Deutschlands» versteht. Und die «Alternative für Deutschland» hat es verstanden, den eloquenten Rassismus aus den Wohnzimmern in die Parlamente zu hieven.

Liz Fekete, die Leiterin des Londoner *Institute of Race Relations*, hat in einem kürzlich erschienenen und beachtenswerten Aufsatz die europäische Lage so skizziert: Es habe «seit den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock wohl kaum eine Situation gegeben, in der gesellschaftliche Minderheiten in Europa ähnlich stark von Seiten rechter Bewegungen bedroht und verfolgt wurden wie heute. Betrachtet man das gegenwärtige Ausmaß der Gewalt und die staatlichen Reaktionen darauf, so ist die Lage in gewisser Weise noch viel bedenklicher als in den 1990er Jahren, als vielerorts die Unterkünfte von Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen brannten.»<sup>1</sup>

Wir müssen derzeit erfahren, dass es den staatlichen Behörden wichtiger erscheint, die Grenzen gegen Geflüchtete abzuschotten als Geflüchtete und Migrant\_innen vor einer rassistischen Bewegung zu schützen, von denen sich Teile längst als radikale Schläger\_innen erwiesen haben.

Der organisierte und gewaltbereite Rassismus vom Beginn der 1990er-Jahre war die Schule der Generation von Neonazis, aus welcher der NSU hervorging und er steht auch jetzt wieder auf der Straße und mobilisiert. Oder anders gesagt: Rassismus steht am Beginn und am Ende des NSU und deshalb sagen wir auch, das Problem heißt Rassismus. Einen wirklichen Wandel kann es daher nur geben, wenn der Rassismus, der alltägliche, der strukturelle, der institutionelle und der organisierte, als Problem erkannt und bekämpft wird.

<sup>1</sup>Vgl. Liz Fekete: Rechte Gewalt in Europa, Standpunkte 17/2014, [www.rosalux.de/publication/40827/das-konzept-des-anti-extremismus-schwaecht-den-antifaschistischen-widerstand.html](http://www.rosalux.de/publication/40827/das-konzept-des-anti-extremismus-schwaecht-den-antifaschistischen-widerstand.html).

Man könnte schier verzweifeln angesichts dessen, was wir in diesen Tagen erleben. Aber um Liz Fekete noch einmal zu zitieren: «Don't despair!» Was ist nötig? Es muss deutlich gemacht werden, dass niemand die Flüchtlinge aus diesem Land, dieser Stadt oder egal welchem Stadtbezirk vertreiben kann. Dafür ist es unbedingt wichtig, den Nazis nicht den Boden zu überlassen, auf dem sie die rassistischen Stimmungen zu aggressiver politischer Hetze zuspitzen. Dazu müssen Akteur\_innen der antifaschistischen und antirassistischen Arbeit sowohl die Politik als auch die Presse und nicht zuletzt auch die Polizei permanent auffordern und ihnen genau auf die Finger schauen. Denn von allein passiert leider auch in der sich so kosmopolitisch und weltoffen wählenden Metropole Berlin nichts.

Ulli Jentsch ist Journalist und Mitarbeiter des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums in Berlin (apabiz). Seit November 2011 engagiert er sich auch im Rahmen der bundesweiten Initiative NSU-Watch in der Aufklärung der Taten und Hintergründe des NSU.



## «Das Unwort erklärt die Untat» – Die «Döner-Mordserie» und der Umgang mit Gewalt an Migrantinnen und Migranten in den Medien

Ankündigung einer von der Otto-Brenner-Stiftung finanzierten Studie

Abschließend möchten wir auf die Veröffentlichung der von September 2000 bis November 2011 von Prof. Dr. Fabian Virchow (FH Düsseldorf), Prof. Dr. Tanja Thomas (Universität Tübingen) und Prof. Dr. Elke Grittmann (Universität Lüneburg) unter Mitarbeit von Ronja Röckemann (M.A.) und Dr. Derya Gür-Şeker (Universität Duisburg-Essen) durchgeführten o.g. Studie hinweisen.

Diese befasst sich damit, wie große Teile der Medienberichterstattung, zusätzlich zu den einseitigen Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden zu einer Kriminalisierung der Opfer der «NSU-Morde» sowie zur Stigmatisierung ihrer Angehörigen und von Menschen mit Migrationsgeschichte beigetragen haben.

Auf Basis einer bild-diskursanalytischen Untersuchung der deutsch- und türkischsprachigen Presse fragt die Studie zudem anhand einer Analyse der Medienkritik sowie in Interviews mit Journalist\_innen unter anderem danach, wie es zu einer solchen Berichterstattung über Gewaltverbrechen an Migrant\_innen kommen konnte und ob es auch Ansätze einer anderen Berichterstattung gegeben hat.

Die Studie beinhaltet weiterhin Anregungen, die in Verlagssitzungen, Redaktionsleitungen, in der Weiter- und Ausbildung von Journalist\_innen und im Redaktionsalltag gerne aufgegriffen und diskutiert werden sollen um somit auch Impulse für eine veränderte öffentliche Debatte über rassistische Gewalt an Menschen mit Migrationsbiografien zu liefern.

Die Publikation der Studie wird im Januar 2015 vorliegen und auf den Seiten der Otto-Brenner-Stiftung zum Download zur Verfügung stehen.